

Änderungsantrag

der **CDU-Kreistagsfraktion**

18. März 2024

TOP II - 6

**Antrag der AfD-Kreistagsfraktion betr.
Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber und Geduldete
II/192 vom 11.12.2023**

Beschlussvorschlag:

Der ursprüngliche Antrag erhält folgende neue Fassung:

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreistag Hersfeld-Rotenburg begrüßt die Einigung der Ministerpräsidentenkonferenz und den Kabinettsbeschluss vom 01.03.2024 zur Einführung einer Bezahlkarte.

Statt mit Bargeld sollen Geflüchtete, die im Asylantragsverfahren sind oder einen Duldungsstatus haben, ihre Einkäufe über eine Karte abwickeln. Dabei sollen Sachleistungen und Bezahlkarten gleichrangige Optionen sein. Jedes volljährige, leistungsberechtigte Mitglied eines Haushaltes soll eine eigene Bezahlkarte bekommen. Die konkrete Ausgestaltung der Bezahlkarte soll den Ländern obliegen – sie können entscheiden, ob sie damit Geld- und Sachleistungen ersetzen oder ergänzen. Auch die Frage, ob Geflüchtete von der Karte Bargeld abheben können oder nicht, ist Ländersache.

Nach Vorliegen der Rahmenbedingungen durch das Land Hessen soll diese Bezahlkarte auch im Kreis Hersfeld-Rotenburg eingeführt werden.

Begründung:

Ergibt sich aus dem Beschlusstext und erfolgt ggf. mündlich

CDU-Kreistagsfraktion Hersfeld-Rotenburg
Herbert Höttl
Fraktionsvorsitzender